

Volkswillen respektiert, während die vom Parteivorstand der SPD so gepriesene „freie Welt“, wozu nach seiner Meinung die USA gehören, die Entscheidungen des Volkes mit Füßen tritt, wenn sie gegen die geheiligten Interessen des Profits ausfallen.

Was hinderte aber die damalige staatliche Verwaltung Hessens, in der die Sozialdemokraten in der Mehrheit waren, und die späteren rein sozialdemokratischen Regierungen sowie den Parteivorstand der SPD daran, die Massen in ganz Deutschland dazu aufzurufen, trotz der ablehnenden und gegnerischen Haltung der USA, der demokratischen Entscheidung des Volkes Respekt zu verschaffen und sie durchzusetzen? Die deutsche Arbeiterklasse hat doch zum Beispiel im Kapp-Putsch und im Cunostreik gezeigt, wie und wie schnell der Wille des Volkes durchzusetzen ist. Aber nichts von alledem geschah! Hessen mit seinen rein sozialdemokratischen Regierungen ist das klassische Beispiel dafür, daß der sogenannte demokratische Sozialismus nicht zur Festigung und Stärkung der Positionen der Arbeiterklasse, sondern zur Restaurierung und Förderung der reaktionären Kräfte führt.

Wer wirklich den Sozialismus will, der muß die Fragen nach der Macht der Arbeiterklasse im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft stellen, der muß dafür kämpfen, daß die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird! (Beifall.)

Wenn der Parteivorstand der SPD in seinen Empfehlungen erklärt, daß „ein geeintes demokratisches Deutschland das vordringliche Ziel jeder deutschen Politik sein muß“ und er unter dem Druck der wachsenden Opposition seiner Arbeitennmitglieder nicht auf öffentliches Wirken außerhalb des Parlaments verzichten will und von „vielen Möglichkeiten demokratischer Selbsthilfe“ spricht, so teilen wir eine solche Meinung. In der Tat: Die Arbeiterklasse und die Werktätigen Westdeutschlands können ihre Rechte und Interessen nur sichern und durchsetzen, wenn sie umfassende außerparlamentarische Aktionen führen.

Gerade angesichts der drohenden Gefahren ist es notwendig, daß die demokratische Selbsthilfe aller Adenauer- und EVG-Gegner die gemeinsame Durchführung der Volksabstimmung über die Frage sein muß: „Für einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen oder für die Kriegsverträge von Bonn und Paris?“

Wenn die Feststellung des SPD-Parteivorstandes über die Notwendigkeit demokratischer Selbsthilfe und außerparlamentarischer